



Jubeln mit links. Die Sieger, unter ihnen alt SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner und die Nationalräte Beat Jans (SP, BS), Roger Nordmann (SP, VD) und Regula Rytz (Grüne, BE), freuen sich. Foto Keystone

Umsetzung wird schwierig und teuer

Die Energiestrategie ist eine Richtungsänderung mit zahlreichen offenen Fragen – Antworten sind gefragt

Von Dominik Feusi, Bern

Gestern, 12 Uhr 09: Die Sonne scheint. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland. Unser Nachbarland hat in den vergangenen Jahren insgesamt 200 Milliarden Euro in die Förderung von erneuerbaren Energien gesteckt. Trotzdem laufen die deutschen Kohlekraftwerke auf Hochtouren. Ein Drittel des deutschen Stroms kommt aus fossilen Energien. In der Schweiz sind es zum gleichen Zeitpunkt drei Prozent. Pro Kilowattstunde Strom bläst Deutschland fast zehnmal mehr vermutlich klimaschädigendes Kohlendioxid in die Luft als die Schweiz.

Ein paar Minuten später der Jubel von Links-Grün: Die Mehrheit der Bevölkerung hat entschieden, den gleichen Weg wie Deutschland mit seiner Energiepolitik einzuschlagen. Das bedeutet Milliarden an Subventionen pro Jahr für erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen und umfangreiche Kompetenzen für den Bundesrat, im Bereich von Gebäuden und im Verkehr Vorschriften und Verbote zu erlassen. Es sind Subventionen und Regulierungen, die bisher gescheitert sind. Man würde meinen, nach sechs Jahren Debatte über

eine derartige Richtungsänderung seien alle wichtigen Fragen beantwortet. Allein, selbst die Sieger von gestern geben zu, dass dies nicht der Fall ist.

Fragliche Versorgungssicherheit

«Um der Schweiz weiterhin eine sichere Versorgung mit Energie zu gewährleisten, hat der Bundesrat die Energiestrategie 2050 beschlossen», so steht es im ersten Abschnitt des Abstimmungsbüchleins des Bundesrats. Gestern sagten die Sieger genau das Gegenteil. «Die Versorgung im Winter ist ein offenes Thema», meinte beispielsweise Stefan Müller-Altermatt, Solothurner CVP-Nationalrat, als er kurz nach halb eins zum ersten Mal ein Mikrofon vorgesetzt bekam.

Noch vor der Abstimmung hatten das Bundesamt für Energie und das Bundesamt für Umwelt zugegeben, es brauche für eine sichere Versorgung im Winter entweder deutlich mehr Stromimporte oder mehrere Gaskraftwerke. In der Nacht vor der Eröffnung des Abstimmungskampfes durch Bundesrätin Doris Leuthard wurden die entsprechenden Aussagen und Berichte von den Webseiten entfernt. Leuthard wiederholte gestern, es brauche keine Gaskraft-

werke. Andernorts sagte sie aber auch, dass der dann möglicherweise importierte Strom aus Kohle- und Kernenergie gewonnen sei, genau das, was die Befürworter eigentlich nicht mehr wollen. Es brauche jetzt eine Diskussion, wie viel Strom in der Schweiz produziert werden soll, sagte Stefan Müller-Altermatt.

Auch Windturbinen brauche es gar keine, sagte Müller-Altermatt im Abstimmungskampf, obwohl die Energiestrategie mit einem Zuwachs an Windenergie rechnet und mehr als 800 Windrädern Subventionen versprochen oder schon zugesagt wurden. Die Frage der Speicherung der je nach Wetter anfallenden Energie aus Windturbinen und Sonnenkollektoren ist ebenfalls nicht gelöst. Die Befürworter hofften auch gestern wieder darauf, dass es bald zu einem Durchbruch kommt.

Ebenso unklar ist die Zukunft der Wasserkraft. Sie erhält zwar einen kleinen Zustupf von den Stromkonsumenten. Ob das zum Überleben reicht, ist allerdings fraglich. In Bern lobbyieren die Stromkonzerne bereits für die nächsten Subventionen auf Kosten der Konsumenten. In einer Woche will Links-Grün mit Unterstützung von Teilen der SVP eine Bestimmung streichen,

damit Stromversorger mit Endkunden wie die IWB die günstigen, internationalen Strompreise nicht mehr an ihre Kunden weitergeben müssen.

Milliarden zusätzliche Kosten

Gleichzeitig lobbyieren die Strombarone für weitere Subventionen für die Bereitstellung von zusätzlichen Kraftwerken oder für ihre AKWs, die nicht mehr rentieren. Die Kosten dafür werden auf 1,5 Milliarden Franken pro Jahr veranschlagt. Nach der Landwirtschaft könnte die Energiebranche der zweite, umfassend subventionierte Wirtschaftsbereich werden.

Die schiere Zahl der offenen Fragen zeigt: Die Richtungsänderung von gestern ist alles andere als zu Ende gedacht. Nur eines ist klar: Die Antworten auf diese Fragen werden Geld kosten, viel Geld. Und: Im von Doris Leuthard behaupteten Betrag von 40 Franken sind diese Kosten nicht enthalten.

Sowohl Gegner wie Befürworter der Vorlage wissen: Die Prüfung der Energiestrategie wird sehr bald kommen. Das Verfallsdatum der Energiestrategie ist spätestens erreicht, wenn in Deutschland die nächsten Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Das ist Ende 2020

der Fall. Spätestens dann lässt sich messen, ob die Energiestrategie auf Kurs ist. Sollte das nicht der Fall sein, wird Links-Grün die Subventionen erhöhen und verlängern wollen. Und sie werden die CVP und die FDP damit bearbeiten, dass sie gestern Ja zur Energiestrategie und ihren Zielen gesagt hätten und nun halt mitziehen müssten. Doris Leuthard ist dann nicht mehr Bundesrätin.

Wer diese offenen Fragen im Abstimmungskampf stellte, wurde von den Befürwortern als «Atomkopf» und «Ewiggestriger» hingestellt. Für den Sieg an der Urne hat das gereicht. Für die Umsetzung der Energiestrategie reicht das allerdings nicht. Sollten Stromimporte und CO₂-Ausstoss steigen, geraten die Sieger unter Rechtfertigungszwang. So wie in Deutschland.

ENERGIEWENDE: SO STIMMTE DIE NORDWESTSCHWEIZ

	Ja	Nein
Basel-Stadt	63,45	36,55
Basel-Landschaft	53,39	46,61
Jura	62,72	37,28
Aargau	48,24	51,76
Solothurn	50,59	49,41
Zusammen mit dem Aargau sagten einzig noch Schwyz, Obwalden und Glarus Nein.		

Die Abstimmungssiegerin äussert sich sachlich

Bundespräsidentin Doris Leuthard erteilt Gaskraftwerken in der Schweiz eine Absage und verschiebt eine Marktöffnung auf später

Von Beni Gafner, Bern

Pragmatisch, sachbezogen und ohne Zusatzcharme zu versprühen – der gestrige Auftritt von Energieministerin Doris Leuthard (CVP) vor den Bundeshausmedien war für ihre Verhältnisse fast schon kühl. Und souverän, indem sie sich keinesfalls als schlechte Gewinnerin geben wollte, die Seitenhiebe gegen ihre Gegner austeilte. So rückte die unangefochten gebliebene Abstimmungssiegerin offene Sachfragen in den Mittelpunkt.

Nach dem obligaten Dank an die Stimmenden sagte sie nüchtern, diese hätten sich für eine Neuausrichtung der Energiepolitik entschieden. Nach jahrelangen Debatten in Kommissionen und im Parlament verfüge man jetzt über die Legitimation der Bevölkerung. «Viele Technologien sind da, das Know-how ist da – machen wir uns auf, das Potenzial zu nutzen. Wir sind gerüstet mit unseren Unternehmen und Hochschulen.»

Mit dem neuen Gesetz habe man den Boden gelegt. «Sicher, sauber, schweizerisch» – innovativ und pragmatisch solle die weitere Etappe in der modernen Energiestrategie aussehen. Ohne augenfälligen Triumph wiederholte die Energieministerin den Slogan der Befürworter aus dem Abstimmungskampf.



«Potenzial nutzen». Leuthard spricht vor den Bundeshausmedien. Foto Keystone

Abstimmungsgewinner stehen bei Sachvorlagen in der Verantwortung; läuft die Projektumsetzung schief, wird ihnen früher Gesagtes leicht als Vorwurf um die Ohren gehauen. Die Last der Abstimmungsgewinnerin, sie schien sich gestern auf den Schultern der Energieministerin bemerkbar zu machen, auch wenn sie gleichzeitig eine tiefe Zufriedenheit ausstrahlte.

Wichtig sei ihr ein Aufruf an die Energiewirtschaft. Überstürztes Handeln sei nicht angesagt. Wörtlich meinte sie, es gehe nicht darum, «irgendwelche Beschlüsse aus der Tüte zu zaubern». Das neue Energiegesetz enthalte Unter-

stützungsmassnahmen für die nächsten Jahre, darunter 120 Millionen Franken für die Wasserkraft. Damit hätten die Kraftwerkbetreiber nun fünf Jahre Zeit, ihre Hausaufgaben zu machen.

Diese Hausaufgaben heissen Kosten senken. Nach Leuthard geht es darum, bei der Wasserkraft eine Zukunftslösung zu finden – mit mehr Markt und weniger Subventionen. Befürchtungen, es könnte in der Schweiz zur Winterzeit zu höheren Stromimporten aus dem Ausland kommen, bestätigte Leuthard. Auf die Frage eines welschen Journalisten, ob in der Schweiz nun Gaskraftwerke gebaut würden, sagte die Bun-

despräsidentin, es brauche wohl keine eigenen Gaskraftwerke. «Das ist keine Lösung für die Schweiz.» Gaskraftwerke wären aus ihrer Sicht hier nicht profitabel zu betreiben. «In den paar Wochen im Winter, in denen Strom fehlt, können deutsche Kraftwerke Strom liefern», sagte Leuthard.

Tiefere Wasserzinsen am Horizont

Finanziell schwierigeren Zeiten sehen nach dem gestrigen Abstimmungsergebnis wohl einige Berggemeinden entgegen. Es handelt sich um jene, bei denen die Wasserzinsen auf der Einnahmenseite der Jahresrechnungen von zentraler Bedeutung sind. Das heutige Modell läuft 2019 aus, die Höhe der Wasserzinsen gerät schon bald politisch unter Druck.

Der Bundesrat wolle noch vor den Sommerferien eine Revision des Wasserrechts-Gesetzes in die Vernehmlassung schicken, kündigte Leuthard an. Zinsberechtigter Berggebiete werden dann wohl auf einen Teil ihrer Einnahmen verzichten müssen.

Der Wasserzins sei die letzten Jahre gestiegen, während der Preis für erneuerbare Energien europaweit gesunken sei, sagte dazu Leuthard. Die Produktion werde damit um etwa einen Rappen pro Kilowattstunde verteuert. Der Bundesrat verfüge über ein Modell, das

eine neue Balance finde zwischen Marktpreis und stabilen Einkommen für Wasserzinsberechtigter.

Naturschützer, die aufgrund der nun zu erstellenden Windkraftanlagen eine Verschandelung von Landstrichen befürchten, dürfte die gestrige Stellungnahme Leuthards ebenso interessieren wie Nein-Stimmende, die keine Windräder wollen. Die Energieministerin ihrerseits hat wegen Windrädern «wenig Bedenken». Es handle sich dabei um raumplanerische Entscheide. Man könne mehr oder weniger die geeigneten Standorte. Entscheiden würden die Gemeindeversammlungen.

Vorerst kein Stromabkommen

Letztlich ist gemäss einer Aussage Leuthards nicht mit einer raschen Liberalisierung des Strommarkts zu rechnen. Eine solche würde den Privathaushalten tiefere Preise bescheren. Solange es kein Rahmenabkommen mit der EU gebe, solange werde es auch kein Stromabkommen geben und auch keine weitere Marktöffnung.

Damit verbunden wäre gemäss Leuthard ein zum jetzigen Zeitpunkt unfairer, zusätzlicher Preisdruck auf inländische Stromproduzenten. Diese müssten zuerst wettbewerbsfähig werden. Für eine Marktöffnung gelte es, den richtigen Zeitpunkt zu finden.